

13 NOV 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/230

Bonn, den 14. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	"An Aktionsunfähigkeit grenzende Lähmung" ----- Beamte und Regierung	44
2 - 3	Das Saarland in der Bundespolitik ----- Eingliederung mit Schwierigkeiten Von Alwin Kulawig, MdB	94
4 - 6	Schicksalsschwere Novemberwahlen in Frankreich ----- De Gaulles Ziel und Weg Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheeler	114
6	<u>Die Glosse</u> Das "falsche" Echo ----- Spass beim Wahlkampf in Hessen	20
7	Unverständliches Zögern ----- Die Bundesrepublik und Israel	46

Chefredakteur Günter Markscheffel

"An Aktionsunfähigkeit grenzende Lähmung"

Beamte und Regierung

- * Der nachstehende Beitrag stammt von einem hohen Ministerial-
- * beamten in Bonn, der uns aus verständlichen Gründen gebeten
- * hat, seinen Namen nicht zu nennen. - Die Redaktion

* * *

Schon in den Wochen während der Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 1961 herrschte unter den Beamten der Bonner Ministerien eine immer größer werdende Unsicherheit. Die Ursache hierfür war nicht nur die bis in die Büros der Ministerien spürbare politische Konzeptionslosigkeit, sondern auch das ständige Versteckspielen vor dem "Koalitionspartner" an der Spitze der Ministerien.

Die Entschlußunfähigkeit großer Ressorts nahm zu Beginn der Ferienmonate des Jahres 1962 groteske Formen an. Wichtige Entscheidungen wurden ausgesetzt, Aktenbündel zu unterst in die Schubladen gelegt und Gegenzeichnungen von Vorgängen "bis zur Rückkehr aus dem Urlaub" ausgesetzt. Als dann nach der Ferienzeit die sachliche Arbeit zur Vorbereitung des Haushaltsplans 1963 beginnen sollte, stellte sich heraus, daß zahlreiche Abgrenzungen, die zur Vermeidung von Kompetenzüberschneidungen notwendig sind, nicht vorgenommen worden waren. Trotz erheblicher Anstrengungen des Bundesfinanzministeriums wurden von anderen Ministerien Vorschläge mit Berechnungen usw. zurückgehalten, und zwar mit der Begründung, daß zunächst eine Kabinettsentscheidung abgewartet werden müsse. Auf diese Weise sind zum Beispiel die ursprünglich vorgesehenen Etatsentwürfe für das sogenannte Sozialpaket wochenlang unbeachtet geblieben. Auch andere wichtige Ressortansprüche wurden im Dschungelkrieg der Kompetenzstreitigkeiten als "noch nicht erledigt" auf die Seite gelegt.

Hätte sich schon wegen dieses Zustandes der Beamtenschaft eine große Resignation bemächtigt, so wurde diese noch durch den Umstand gesteigert, daß das wankelmütige Verhalten der Bundesregierung zu den Gehaltsforderungen der Beamten die Arbeitsfreudigkeit selbstverständlich beeinträchtigte. Es dürfte wohl kaum ein Ministerium geben, in dem die Beamten während dieser Zeit nicht lange Diskussionen über die früheren Versprechungen der Bundesregierung geführt haben. Wenn trotzdem wenigstens in sachlicher Beziehung die Vorbereitungen für den Bundeshaushalt korrekt durchgeführt werden konnten, so ist dies mehr als erstaunlich.

Durch die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Vorgänge am Rande der "Spiegel-Affäre", durch Verlagerung der ministeriellen Verantwortung auf Beamte und andere höchst merkwürdige Begleiterscheinungen, die nach außen gar nicht so sehr sichtbar sind, ist jetzt die Entscheidungsfähigkeit zahlreicher Ministerialbeamter auf dem Nullpunkt angelangt. Untersuchungen, Gegenüberstellungen, Indiskretionen und andere, den normalen Arbeitsablauf in einem Ministerium hemmende Vorgänge haben den Eindruck der völligen Führungslosigkeit in mehreren Ministerien verstärkt. Trotz beamtenrechtlicher Sicherungen für den einzelnen Beamten ergibt sich hieraus ein allgemeines Unlustgefühl, eine zunehmende Unsicherheit und dadurch eine an Aktionsunfähigkeit grenzende Lähmung von Kommandostellen des Staates, die in jeder Situation reibungslos funktionieren müßten.

+ + +

- 2 -

Das Saarland in der Bundespolitik

Von Alwin Kulawig, MdB

Es wird gerne gesagt, jene Entscheidung unserer Bevölkerung, die die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik einleitete, sei ein Votum der Herzen gewesen. Heute, sieben Jahre danach, muß die nüchterne, verstandesmäßige Frage nach der Entwicklung unseres kleinen Landes im Staatsverband der Bundesrepublik gestattet sein. Dies um so mehr, als die Saarländer darauf vertrauen konnten, mit ihren besonderen Nöten, die sich aus einem jahrzehntelangen Hin- und Hergezogensein ergaben, als Deutsche unter Deutschen am besten aufgehoben zu sein.

Während die politische Eingliederung sich verhältnismäßig reibungslos vollzog, tauchten bei der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung die ersten Schwierigkeiten auf.

Das Vertrauen verloren

Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der Rückgang der CDU bei den Wahlen 1960 und 1961 diesen Vertrauensverlust der Saarländer zu der in Bonn herrschenden Partei widerspiegelt. Hat man daraus "höheren Orts" Lehren gezogen?

Soweit es sich um die sozialpolitischen Fragen handelt, muss dies rundweg verneint werden. Es ist noch in lebhafter Erinnerung, daß im Zuge der Eingliederung besondere saarländische Regelungen wegfielen, ohne daß bisher hierfür Ersatz geschaffen worden ist. So wurde zum Beispiel die bessere saarländische Kindergeldgesetzgebung beseitigt. Bis heute warten wir und warten die Arbeitnehmer der gesamten Bundesrepublik vergebens auf einen familiengerechten Lohn.

Die Altersgrenze im saarländischen Bergbau wurde im Zuge der Rechtsangleichung heraufgesetzt. Der ebenfalls dem Bundestag vorliegende SPD-Gesetzentwurf zur Herabsetzung der Altersgrenze im deutschen Bergbau auf 55 Jahre hat bisher die Zustimmung der Mehrheit nicht gefunden.

Weiterer Abbau befürchtet

So sollen zum Beispiel die zum größten Teil noch bestehenden besseren Regelungen des Saarlandes auf dem Gebiet des Krankenversicherungsrechtes fallen.

Die Krankenversicherung der Studenten der Universitäten des Saarlandes und der Schüler anderer Lehranstalten, eine äußerst günstige, rein saarländische Regelung, soll ersatzlos verschwinden.

Vor allem aber soll durch die Einführung des Fremdrenten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetzes das bisherige Gesetz über eine besondere Fürsorge für saarländische Grenzgänger aufgehoben werden. Grenzgänger, die nach Außerkraftsetzung dieses Gesetzes in den Ruhestand treten, würden wesentlich schlechter gestellt als diejenigen ihrer Kameraden, die ihre Rentenanwartschaft vor der Einführung des neuen Gesetzes erworben haben.

Es bleibt abzuwarten, ob es der SPD-Bundestagsfraktion gelingen wird, hier die größten Härten zu vermeiden.

Wie ist die Bilanz im Bereich der Saarwirtschaft? Der Übergangszeitraum zwischen der politischen Eingliederung 1957 und der wirtschaftlichen 1959 sollte unserer Wirtschaft die Möglichkeit geben, auf dem

deutschen Markt Fuß zu fassen. Der Saarvertrag, abgeschlossen zwischen der deutschen und der französischen Regierung, garantiert den Warenverkehr zwischen der Saar und Frankreich auch nach der wirtschaftlichen Eingliederung im Umfang des Jahres 1955 für die Zukunft.

Unbeschadet dieser Garantie versuchten Bundesregierung und Bundestag durch Verordnungen und Maßnahmen der Gesetzgebung bei der Einfuhr französischer Waren in das Saarland zollähnliche Abgaben zu erheben. Diese Maßnahmen waren auf Grund von EWG-Beschlüssen bei den Einfuhren aus den Ländern der Wirtschaftsgemeinschaft in die Bundesrepublik notwendig geworden. Selbstverständlich muß das Saarland wegen des Saarvertrages hiervon ausgenommen bleiben.

Es kommt einem Treppenwitz der Geschichte gleich, daß in dem Maße, in dem die Zölle zwischen den westeuropäischen Ländern abgebaut werden, zollähnliche Abgaben im Verkehr zwischen dem Saarland und Frankreich erhoben werden sollen. Zum Teil ist es den saarländischen Bundestagsabgeordneten gelungen, die Mehrheit des Bundestages von der Unsinnigkeit eines solchen Unterfangens zu überzeugen. Die einhellige Unterstützung durch die SPD-Fraktion hat dabei geholfen, wirtschaftliche Schädigungen des Saarlandes zu vermeiden.

Industrie hinkt nach

Werfen wir noch einen Blick auf die Probleme der Einordnung der Saar-Industrie in die bundesdeutsche Wirtschaft. Es ist bekannt, daß die westeuropäischen Industrieviertel an der Ruhr, in Belgien, in Luxemburg und vor allen Dingen in Lothringen sich in den Jahren nach dem Krieg stark ausgebreitet haben. Von dieser günstigen Entwicklung ist das saarländische Industrieviertel weitgehend unberührt geblieben. Das ist vor allen Dingen auf das wechselvolle politische Schicksal unseres Landes in den letzten vierzig Jahren zurückzuführen. Der Prozeß der Modernisierung und Rationalisierung der Hüttenindustrie ist noch lange nicht abgeschlossen. Weiterverarbeitende Industrien haben sich nur in sehr bescheidenem Maße entwickelt. Nach wie vor besteht ein gewaltiger Nachholbedarf im Bergbau in Hinsicht auf Modernisierung und Kohleveredelung. Man kann sicher sein, daß Kohle und Stahl auf unabsehbare Zeit die wichtigste Basis der Saarwirtschaft bleiben werden.

Der Streik der Saarbergleute in diesem Jahr hat nicht nur den lange vergeblich erhobenen Lohnforderungen Nachdruck verschafft, er hat auch auf die großen Versäumnisse der Bundesregierung bei der Förderung der Saarwirtschaft aufmerksam gemacht. Dabei ist aus Kreisen der Bundesregierung immer wieder zugegeben worden, daß weitere Bundeshilfe für unsere Wirtschaft notwendig ist. Selbst der Bundeskanzler hat sich aus Anlaß einer Wahlversammlung in Saarbrücken in dieser Richtung geäußert. Bis heute ist es bei bloßen Versprechungen geblieben.

Auch die einhellige Forderung aller politischen Parteien und der Industrie des Saarlandes nach dem Bau einer Wasserstrassenverbindung von der Saar durch die Pfalz zum Rhein hat bisher keine positive Reaktion bei der Bundesregierung gefunden.

Der CDU/FDP-Regierung in Saarbrücken muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie es nicht vermocht hat, die Bundesregierung auf die alarmierende Entwicklung in unserem Land aufmerksam zu machen. Vor allem hat sie es nicht erreicht, daß konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Saarwirtschaft in die Wege geleitet wurden.

Schicksalsschwere Novemberwahlen in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Frankreich wählt am 18. und 25. November die neue Nationalversammlung. Nach de Gaulles Proklamation weiß man, daß es keine "normalen Parlamentswahlen" sein werden; es geht diesmal um den Fortbestand der parlamentarischen Demokratie.

Zum ersten Mal hat der Staatspräsident sein Amt als Schiedsrichter über den Parteien verlassen, um offen in die Arena des Wahlkampfes hinabzusteigen und allen politischen Parteien den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Es geht ihm heute nicht mehr um die Reform der Parteien oder um die Einschränkung ihrer Rolle, sondern klipp und klar um ihre endgültige Ausschaltung als Wortführer der Volksvertretung.

Die Herausforderung und das Wagnis sind folgeschwer, nicht nur für Frankreich, sondern für ganz Westeuropa. Niemand kann sich der Illusion hingeben, daß die Änderung der republikanischen Staatsform Frankreichs ohne Konsequenzen für die Nachbarländer bliebe.

Kampfansage an vier Weltanschauungen

De Gaulle sagte vier Weltanschauungen, vier tief verwurzelten politischen und geistigen Strömungen und Parteien den Kampf an:

1. den demokratischen Sozialisten, in Frankreich durch die SFIO vertreten;
2. den Christlich-Demokraten, in Frankreich durch die MRP (Volksrepublikaner) repräsentiert;
3. der alten liberalen und freisinnigen Partei der "Radikalen";
4. schließlich den Konservativen oder Rechtsunabhängigen.

Die ganze republikanische Tradition Frankreichs ruht auf diesen vier Säulen. Sie werden nun in den gleichen Sack gesteckt und mit der Etikette der "alten" Parteien abgetan.

Die Kommunisten wurden von de Gaulle nicht ausdrücklich erwähnt. Man kann aber annehmen, daß er sie nicht unbedingt zu den "verbrauchten" Parteien zählt. Schon 1951, zur Zeit ihrer ersten Parteigründung (R.P.F.), betrachteten die Gaullisten nur noch die Kommunisten als ebenbürtige Gegner und bezeichneten alle anderen Parteien als "Staub".

Ausgangsposition Juni 1940

De Gaulles Verachtung für die politischen Parteien ist nicht neu. Er nennt das Jahr 1940 als ersten und schlagenden Beweis für den "Bankrott" der parlamentarischen Demokratie. In der Tat, hier liegt der Schlüssel für de Gaulles Eintritt in die französische Geschichte, die Erklärung für seinen weiteren Weg. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges ist de Gaulle noch ein unbekannter Oberst. Fachleute kennen wohl seine militärischen und staatspolitischen Theorien, dem breiteren Publikum wird er aber erst nach dem Zusammenbruch des Juni 1940 bekannt.

Warum in jener Schicksalsstunde kein Präsident oder Ministerpräsident der dritten Republik und auch keiner der zahlreichen Führer

der demokratischen Parteien zum Chef und Symbol des französischen Widerstandes, sondern ein unbekannter Offizier? De Gaulle wirft den politischen Parteien heute noch ihr Versagen von damals vor. Er war im Juni 1940 "der Mann der Vorsehung" und will es bleiben.

De Gaulle stand in jener Zeit lange allein: Gegen die Mehrheit der traditionellen Politiker und Militärs seines Landes, allein auch gegen die Alliierten, die ihn nicht anerkennen wollten. Er hatte am Anfang nichts für sich, weder Legalität noch Legitimität. De Gaulle war für die offizielle französische Regierung ein Rebell, für die Westmächte ein Emigrant. Schritt für Schritt hat er sich in hartem Kampf durchgesetzt. Er eroberte schon damals mit dem Rundfunk die Herzen der Franzosen und wurde zum Symbol der Untergrundbewegung. Er trotzte Churchill, Roosevelt und Stalin und wurde schließlich als Chef der provisorischen Regierung anerkannt.

Gewiss scharten sich in der Widerstandsbewegung vor allem die Linksparteien um Charles de Gaulle, zuerst die demokratischen Sozialisten, nach Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Stalin und Hitler auch die Kommunisten. Die Führung blieb aber fest in der Hand des Mannes, der tatsächlich im Gegensatz zu den meisten französischen Politikern in der Stunde tiefster Niederlage und Verzweiflung unverzagt und mit großem Klarblick den Kampf fortsetzte und von nun ab "die französische Souveränität verkörperte".

Von der dritten zur fünften Republik

De Gaulle hat dem Zusammenbruch der dritten und vierten Republik aktiv beigewohnt. Zum Untergang der vierten Republik hat er indirekt beigetragen, schon durch seine Parteigründung der RPF (Rassemblement du Peuple Français, "Sammlung des französischen Volkes"), der Vorläuferin der gegenwärtigen gaullistischen Staatspartei UNR und durch die systematische Obstruktion der Gaullisten, gemeinsam mit anderen Rechtsradikalen und mit den Kommunisten. Die Verachtung des Generals für "die bankrotten Politiker" vergangener Republiken ist durchaus verständlich, ebenso seine Geringschätzung für Verfassungen, die niemals ewig sind und erfahrungsgemäß gerade in Frankreich immer wieder durch revolutionäre Erschütterungen geändert werden.

Die Tragik ist, daß heute das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird und Schleusen geöffnet werden, durch die totalitäre Bewegungen mit elementarer Wucht einbrechen können.

Höhepunkt eines zwanzigjährigen Kampfes

Jedermann weiß heute, daß am 18. und 25. November in Frankreich keine normalen parlamentarischen Neuwahlen stattfinden, sondern über den Fortbestand der parlamentarischen Demokratie selbst abgestimmt wird. De Gaulle läßt darüber nicht den geringsten Zweifel. Sein zwanzigjähriger Kampf um die "Erneuerung" Frankreichs nähert sich mit zwingender Logik und Kontinuität dem Höhepunkt.

1946 ging der General in das innere Exil, weil er seine autoritäre Staatsauffassung damals nicht durchsetzen konnte. 1958 wurde er durch die algerische Krise und durch den Militärputsch an die Macht getragen. Die Beendigung des Algerienkrieges und die Zähmung der Armee waren für de Gaulle nur Etappen und notwendige Voraussetzungen, um jetzt sein eigentliches Programm durchführen zu können.

1958 trat er, in Schatten der von Algerien her drohenden Putschisten-Invasion vor die letzte Nationalversammlung der vierten Republik und versprach, sich den Gesetzen der parlamentarischen Demokratie zu fügen. Er wollte damals nicht gegen den Willen der Parlamentarier zur Macht kommen. - Seither ist viel Wasser die Seine hinuntergeflossen. Die französische Nationalversammlung war ausserstande, die große nationale Krise der letzten Jahre zu lösen. Sie dankte zugunsten eines autoritären Schiedsrichters ab. Heute erhält sie die Quittung.

General de Gaulle wird auch im Falle eines Wahlsieges der republikanischen und demokratischen Parteien nicht kapitulieren. Von einer Rücktrittsrührung war in seiner letzten Wahlrede nichts mehr zu hören. Im Gegenteil, er kündigte bereits an, auch im Falle einer gaullistischen Wahlniederlage seinen Weg fortzusetzen und gegebenenfalls mit einer neuen Volksbefragung zu operieren, um die autoritäre Staatsreform zu vollenden.

Zuversicht der Demokraten

Wie dem auch sei, die französischen Demokraten sind zuversichtlich. Das Oktober-Referendum hat bereits gezeigt, daß die Opposition im Wachsen ist, die südfrenzösische Departements stimmten mehrheitlich mit Nein. De Gaulle verfügt nur noch über die relative Mehrheit von 46 Prozent der Stimmberechtigten. Der Kampf zwischen der parlamentarischen Demokratie - genauer, mit den in Frankreich ebenso wie in ganz Westeuropa verwurzelten traditionellen politischen und geistigen Strömungen - und der autoritären Staatsführung wird sich weiter verschärfen.

Rückblickend kann man heute feststellen, daß de Gaulle sein staatspolitisches Ziel unentwegt verfolgte. Dennoch, die parlamentarisch-demokratischen Parteien hat er wahrscheinlich zu früh begraben. Sie werden noch leben, wenn der Gaullismus nur noch eine Erinnerung ist.

+ + +

Das "falsche" Echo

J.A. Als Stadtrat Dr. Wilhelm Fay, der Fraktionsvorsitzende der CDU im hessischen Landtag, am Abend des 14. November die Segel streicher und seinen Ehrgeiz auf den Stuhl des hessischen Ministerpräsidenten begraben mußte, schob er in der Wahlnacht die Ursachen seiner Niederlage der Bundesleitung der CDU in die Schuhe, auf Adenauer und Strauss. Das hatte Dr. Fay nicht davon abgehalten, im Wahlkampf kräftig auf die Strauss-Pauke zu hauen. Noch am Vortag der Wahl hielt dies der Führer der hessischen CDU für die beste Wahlmedizin. Stutzig wurde allerdings Herr Fay auf einer Propagandareise durch den Landkreis Hanau. Mit Roß und Wagen, Fahnen und Fanfaren hielt der CDU-Zug auch in der Gemeinde E i c h e n. Dort war Vortag des Kirmesfestes und deshalb viel Volk auf den Strassen. Vor einer großen Menschenmenge hielt der CDU-Führer seine Wahlrede. Um ihn herum standen vor allem die Kirmesburschen. Deren Anführer, ein hoch aufgeschossener Bursche, hörte aufmerksam zu und nickte mehrfach mit dem Kopf, so daß Dr. Fay darüber sichtlich erfreut war. Er dennerte sein Schlußwort doppelt stark ins Mikrofon: "Also, Bürger und Bürgerinnen von Eichen, ich weiß, daß es morgen auch für Eichen nur eine einzige Parole geben wird" - und er hielt dem hochgewachsenen Kirmesburschen siegessicher das Mikrofon vor den Mund - "Eichen wählt"... "S P D" scholl es mächtig über die Köpfe und Dächer. - Eichen folgte am nächsten Tag mit überwältigender Mehrheit diesem Ruf.

+ + +

Unverständliches Zögern

ler - Das Zögern der Bundesregierung, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, ist unverständlich und wirkt schon peinlich. Es fehlt zwar nicht bei gegebenen Anlässen an gutwilligen Bekundungen, doch die befreiende Tat, dem Wiedergutmachungsabkommen mit Israel, das sich dem Ende nähert, mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Krone aufzusetzen, blieb bisher aus, denn soweit ging der gute Wille noch nicht. Die bundesrepublikanischen Besucher Israels kommen in Verlegenheit, wird ihnen doch offiziell und inoffiziell gesagt, was die Israeli über diese merkwürdige Haltung der Bundesregierung denken. Zuletzt machten diese Erfahrung dreissig Vertreter der evangelischen Kirche Deutschlands, die mit Präses Scharf und dem in Israel wohlgeleiteten Probst Gruber in das Heilige Land gekommen waren, "um im Namen der Kirche zu sprechen und zu handeln, wo der Staat nicht sprechen und handeln kann."

Die Atmosphäre des Vertrauens zu Deutschland wachse zusehends, stellte die Delegation fest, und das will schon viel heissen angesichts des unsagbaren Leides, das im geschändeten Namen unseres Volkes dem jüdischen Volke zugefügt wurde. Ben Gurion, Ministerpräsident Israels, wäre sogar bereit, in Bonn selbst vorstellig zu werden, hätte er die Gewissheit, nicht einen vergeblichen Gang zu tun. Warum ergreift Bonn nicht die ausgestreckte Hand der Versöhnung? Die vielzitierte Rücksichtnahme auf die Ressentiments in den arabischen Ländern hat keine Überzeugungskraft; seinerzeit, beim Abschluss des Wiedergutmachungsabkommens hat es auch verbale Drohungen nationalistischer arabischer Führer gegeben, sie hüteten sich jedoch, aus wohlverstandener eigener Interesse, sie zu verwirklichen. Ähnliches dürfte sich im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel wiederholen. Die Bundesrepublik ist auch für die Mehrzahl der arabischen Länder der stärkste und für sie lohnendste Handelspartner, den Ulbrichts Staat nicht ersetzen kann. Dies sei zur Beruhigung jener Wirtschaftskreise gesagt, die um ihren Markt fürchten.

Die Bundesregierung macht sich eines groben und unentschuldbaren Versäumnisses schuldig, hält sie an ihrem unverständlichen Zögern fest und stellt sich weiterhin taub. Nach 13-jährigen Bestehen der Bundesrepublik wäre es höchste Zeit, dem Kapitel der deutsch-jüdischen Beziehungen durch die Aufnahme diplomatischer Kontakte zwischen Bonn und Israel neue und erfreulichere Akzente zu geben. Unsere Jugend könnte dann der jungen Generation Israels auch unbefangener entgegen treten. Müsste dies allein nicht schon Grund genug sein, noch vorhandene Widerstände auf deutscher Seite über Bord zu werfen?